

Peter K. Bohl

Berlin-Konradshöhe,  
am 11.03.2017,  
aus Anlass der Liquidation der ver.di-Jugendbildungsstätte

Liebe Freundinnen und Freunde,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie kann eine Grabrede aus diesem Anlass sinnvoll sein?

Dass ich mich entschieden habe, heute noch einmal das Wort zu ergreifen, hat nicht den Hintergrund, dass ich einer attraktiven und effizienten Jugendbildungsstätte am schönen Havelufer eine weitere Träne nachweinen möchte oder der Trägerorganisation, unserer Gewerkschaft ver.di für eine weitere Fehlentscheidung ein weiteres Mal die Leviten lesen möchte.

Es geht mir vielmehr darum, von diesem gewerkschaftspolitischen Trauerspiel abzuheben und mich gemeinsam mit Euch noch mal zu vergewissern, in welchem größeren Zusammenhang dieser aus Sicht mancher Gewerkschaftsfunktionäre und ihrer Gremien vertretbar oder gar notwendig erscheinende Verlust steht – die Schließung der ver.di-Jugendbildungsstätte steht ja nicht alleine, sie ist aus meiner Sicht vielmehr ein Zeichen der Zeit – ein typisches Symptom eines aktuellen sozial feindlichen Prozesses unserer Gesellschaft als Ganzes.

Ich selbst bin heute mit anderen hier im Raum bereits Zeitzeuge von unterschiedlichen aufeinander folgenden sozialpolitischen Phasen, die über die vergangenen Jahrzehnte auch die Geschichte dieses Hauses geprägt haben. Deshalb steige ich ein mit Parallelen zu meiner persönlichen Biografie:

Hier im Raum werden zwar alle wissen, dass ich von 2003 bis 2008 pädagogischer Leiter der Bildungsstätte und Geschäftsführer des Trägervereins war.

Die Wenigsten aber werden wissen, in welchem Zusammenhang dazu meine persönliche Vorgeschichte steht – Und diese halte ich für repräsentativ für das, was jungen Menschen hier im Haus über Jahrzehnte angeboten werden konnte und zahlreiche Biografien geprägt haben dürfte:

Ich selbst komme aus einer kinderreichen Familie, unter recht einfachen Verhältnissen in der pfälzischen Provinz aufgewachsen, und ging als das fünftes von sechs Kindern meiner Eltern auf's Nordpfalzgymnasium einer 6.000-Einwohner-Kleinstadt. Mein Englischlehrer begrüßte mich als Neunjährigen zur fünften Klasse mit den Worten: Meine Eltern würden wohl immer noch nicht begreifen, dass aus Familien, bei denen die

Intelligenz auf sechs verteilt worden sei, an diesem Gymnasium keines davon Abitur machen könne. Er und das von solchen Lehrern damals repräsentierte System Schule sorgten dann auch systematisch dafür, dass er mit dieser Prognose recht behalten konnte. Aus mir wurde zunächst ein verhaltensauffälliger Schüler, dann ein Schulversager. Ich ging nach der Achten vom Gymnasium wieder zur Hauptschule, um mich daran anschließend zwischen meinem 15-ten und 18-ten Lebensjahr zunächst als Bauhilfsarbeiter ins Erwachsenenleben zu bemühen.

Während dieser Jahre auf dem Bau hatte ich zum ersten Mal Kontakt mit einer außerschulischen Jugendbildungsstätte, dem Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen, einer Jugendbildungsstätte in katholischer Trägerschaft, aber dennoch mit wesentlichen Gemeinsamkeiten zu KH: Eine Einrichtung, die in jeder Beziehung unter Bildung etwas anderes zu verstehen schien, als ich es bisher von Schule kennen gelernt hatte: Hier standen wir junge Menschen mit unseren eigenen Interessen, unseren alterstypischen Fragen und unserer Neugier auf die Welt im Vordergrund. Die Themen konnten wir aussuchen, die Teilnahme an den Bildungsangeboten war freiwillig. Die Lernmethoden waren nie überstülpend oder bevormundend – wir wurden vielmehr angeleitet, uns mit unseren persönlichen Fragen der Alltagsbewältigung, mit gesellschaftspolitischen, sozialen und kulturellen Themen selbstbestimmt und selbstorganisiert auseinander zu setzen und fühlten uns dadurch tatsächlich ermutigt, uns aktiv gestaltend einzumischen.

In dieser Zeit habe ich gelernt und verstanden, warum man sich als Individuum immer zugleich als Teil des Ganzen begreifen muss und warum man wünschenswerte gesellschaftliche und politische Trends am Besten kollektiv angeht, unerwünschten Trends am Besten kollektiv begegnet.

So wurde ich als Bauarbeiter Mitglied der damaligen Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, ein Akt, der in der pfälzischen Provinz Mitte der 70-er tatsächlich noch Mut abverlangt hatte: Ich hatte kurz zuvor erst erlebt, wie mein Zimmermanns-Lehrmeister den Gewerkschaftseintritt eines Kollegen als persönlichen Angriff gegen sich selbst interpretiert hatte und diesen Mann von dessen eigenen Kollegen im wahrsten Sinn des Wortes „aus dem Betrieb prügeln“ ließ.

In nicht mal drei Jahren, aber in einer lebensbiografischen Orientierungsphase, in der sich jeder junge Mensch diesen Alters befindet, hatte ich über den Besuch von Seminaren der außerschulischen politischen Bildung mehr Nützliches fürs Leben gelernt, als die schulische Wissensvermittlung der vorausgegangen 10 Jahre vermocht hatte, welche ja auch einen anderen Auftrag und damit etwas anderes mit mir im Sinn zu haben schien: nämlich mein wohlgefalliges Funktionieren in der Arbeits- und Leistungsgesellschaft derer, die mir

bisher im kleinstädtischen Umfeld, in der Schule und auf dem Bau mit ihren regelmäßigen Zumutungen die Lust am Leben-Lernen vor allem vermisst hatten.

Dem gegenüber konnte ich mich Dank der außerschulischen politischen Bildung des Heinrich-Pesch-Hauses mehr und mehr als ein politisch bewusster junger Erwachsener begreifen, der sich aktiv in die ihn umgebenden gesellschaftlichen und politischen Prozesse gestaltend einmischen konnte und wollte. Dieses Verständnis von Bildung, als einem ganzheitlichen und am lernenden Subjekt orientierten Prozess, verhalf mir, mich als mein eigenes Instrument zu begreifen, um für eine lebenswerte Welt einzutreten.

Sogar die Schule konnte ihren Job an mir daraufhin besser erfüllen: Aus dem früher verhaltensauffälligen Störer des gymnasialen Unterrichts wurde – ich hatte mich zwischenzeitlich den Milieus der Provinz nach Berlin entzogen, um auf dem sog. Zweiten Bildungsweg das Fachabitur für Ingenieurwesen Bautechnik zu erwerben – ein aktiv den Unterricht mitbestimmender Schüler mit plötzlich hervorragenden Schulnoten und einem Fachabi, das jeden Numerus Clausus erfüllen ließ. Das war durchaus auch dem inzwischen bereits anderen Typus des Berliner Lehrers zu verdanken. Ein angeschlossenes Architekturstudium habe ich zugunsten der Sozialpädagogik wieder abgebrochen: Ich wollte zwischenzeitlich selbst jemand werden, der die politische Bildung und die freie Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen fördert und begleitet.

Damit habe ich zunächst erst mal von mir selbst erzählt und möchte auch sagen, warum das Sinn macht: Diese Jugendlichen-Biografie ist ebenso sehr eigentlich nichts Besonderes, wie sie zugleich doch etwas Besonderes ist. Tausende von Jugendlichen haben in nun fast sechs Jahrzehnten vor dem Hintergrund solcher und ähnlicher Erfahrungen in Konradshöhe zum ersten Mal erfahren, dass Lernen Spaß machen kann, dass Bildung nicht für die anderen da ist, sondern zunächst vor allem für einen selbst und daher in einer Weise ausgerichtet sein kann, die Lernende für sich erkennen lässt, dass sie dadurch lebensfähiger werden, persönliche Akzeptanz und Anerkennung erfahren und wertvoll für das Gemeinwesen sind. Sie erleben, dass sie selbst ein aktiver Teil von sozialen Bewegungen sein könnten und die eigene Gesellschaft mitgestalten. Auf diesem Weg erkennen sie auch, dass es nicht nur sinnvoll, sondern notwendig ist, sich zu organisieren, in den Strukturen von sozialen Bewegungen, denen sie sich zugehörig fühlen und über die sie ihren persönlichen Einfluss entfalten und stärken können. Organisationen wie der Gewerkschaft.

Das haben tausende von jungen Menschen erst hier im Haus zum ersten Mal im Leben begriffen, weil eine

Gewerkschaft ihnen einen solchen Lernort und damit entsprechende Erfahrungen ermöglicht hat. Und vor allem deshalb, weil ihnen die hier vermittelte soziale Kompetenz von authentischen Menschen vorgelebt wurde. Und dies gilt selbstredend einerseits für die Kolleginnen und Kollegen der pädagogischen Arbeit der Bildungsstätte, ausdrücklich aber auch für diejenigen, die in der Küche und der Hauswirtschaft, als Hausmeister oder in der Verwaltung zum Gelingen des Projekts Jugendbildungsstätte unter schwierigen Bedingungen mit Überzeugung und gerne ihren Teil beigetragen haben.

Heute weiß ich, dass ich als Jugendlicher der 70-er Jahre mit dem Antreffen einer außerschulischen Jugendbildungsstätte vor allem Glück hatte. Meine Jugendjahre fielen zufällig zusammen mit einem damals noch jungen und erstarkenden Zeitgeist, einem gesellschaftlichen Aufbruch, der mir diese Erfahrung ermöglicht hatte.

Solche Einrichtungen wurden in den 70-er Jahren und überall in den Westteilen der Republik etabliert und erstmals flächendeckend systematisch staatlich gefördert, so eben auch in der Pfalz: Politik hatte damals unter dem Eindruck der Studenten- und Demokratiebewegungen dieser Zeit erkannt, dass das Motto „Mehr Demokratie wagen“, von Willi Brandt 1972 zum Prinzip seiner sozialdemokratischen Politik erhoben, nur eine Chance haben würde, wenn politisch aufgeklärte, eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeiten gebildet und gefördert würden. Häuser der außerschulischen politischen Bildung gehörten zu den entsprechenden Instrumenten.

Von diesem Aufbruch konnten ab 1972 durch Zugriff auf die entsprechende öffentliche Förderung alle großen gesellschaftlichen Organisationen profitieren. Die damalige Gewerkschaft DAG bot sich dem entsprechend mit ihrem bereits seit 1959 bestehenden Jugendbegegnungszentrum in Konradshöhe als eine dieser neuen Bildungsstätten an, entsprechende öffentliche Fördermittel dort einzusetzen, um als Gewerkschaft mit für das „Mehr-Demokratie-Wagen“ der damaligen sozialdemokratischen Politik einzustehen. Dieser Trend passte zur Gewerkschaftsbewegung, wurde von ihr unterstützt und folgerichtig politisch und praktisch mit getragen.

Heute weht ein anderer Geist. Gesamtgesellschaftlich und nun auch bei vielen Gewerkschaftsfunktionären, die sich innerhalb der Organisation mit einer vermeintlich moderneren Haltung durchsetzen konnten: „Mehr Demokratie wagen“ war gestern.

Auch andere gesellschaftliche Organisationen haben sich mit dem Erstarken wirtschaftsliberaler Trends bereits aus der kollektiven Verantwortung für das Ganze verabschiedet und beschränken sich auf ihre sogenannten Kernaufgaben – so nun auch ver.di.

Ich nenne den Prozess, dem nun auch die ver.di-Jugendbildungsstätte zum Opfer fällt, gerne „Die Ökonomisierung des Sozialen“ - Bei ver.di wird das umgesetzt durch die Streichung sozialpolitischen Engagements der Organisation.

Für Konradshöhe sind die Argumente ausgetauscht. Gewerkschaftsfunktionäre haben entschieden. Die Gremien tragen die Fehlentscheidung mit.

Das Grundstück wird versilbert; etwa drei Millionen dürften meiner Berechnung nach in die Streikkasse fließen. Auf die bisherige Rendite auf den Wert des Grundstücks in Höhe von beachtlichen 6 % – nämlich 180tsd EUR jährlicher Senatsförderung – zweckgebunden für die politische Jugendbildung – wird künftig verzichtet. Weil das nicht wichtig sei für Gewerkschaft, weil das Sozialarbeit sei, die nicht zu den Kernaufgaben von Gewerkschaft gehöre – eigentlich müssten sie ja sagen: weil das aus ihrer Sicht NICHT MEHR zu den Kernaufgaben von Gewerkschaft gehört. Hört, hört!

57 Jahre Jugendförderung durch und mit Gewerkschaft, in regionaler Vernetzung, mit bundesweiter Ausstrahlung und internationaler Anerkennung sind damit Geschichte.

Diese Schließung ist nicht bloß eine gewerkschaftliche Fehlentscheidung, indem alternativlos jugendpolitischer Einfluss und ein Angebot der Nachwuchsförderung aufgegeben werden, sie ist, wie viele andere Fälle des Abbaus der Jugendförderung der letzten 25 Jahre, ein Symptom des aktuell anderen, neoliberalen Zeitgeistes: Die Idee der Jugendförderung wird dabei verkauft. Schritt für Schritt – Einrichtung für Einrichtung.

Dieser Prozess entwickelt sich bereits seit kurz nach Inkrafttreten eines damals noch in die entgegengesetzte Richtung weisenden Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) im Jahr 1990, welches seit dem zwar – und bis heute noch – die rechtliche Grundlage zur Förderung der außerschulischen Jugendarbeit bildet und während der Entstehungszeit dieses Gesetzes bis zur Wende auch ernst gemeint war. Aber mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erstarkten zeitgleich wirtschaftsliberale Trends, denen die sozialpolitischen

Errungenschaften im Weg standen und damit auch das KJHG, gerade erst aus der Taufe gehoben, unmittelbar wieder Platz machen sollte.

Die Gesellschaft und ihre Organisationen – nun auch die moderne Gewerkschaft ver.di von heute – scheinen diesen Typus Mensch nicht mehr zu brauchen, den dieses nach wie vor in Kraft befindliche Gesetz so beschreibt (Zitat): "Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit" (§ 1 KJHG) und daher auch nicht mehr die entsprechenden pädagogischen Instrumente des Gesetzes, die da heißen (wieder Zitat): "(...) außerschulische Jugendbildung mit (...) politischer, sozialer (und) kultureller Bildung (...)" (§ 11 Abs. 1 KJHG).

Wer bereits den aktuellen Kinofilm „Der junge Marx“ gesehen hat, der besinnt sich des anderen Geistes, aus dem über die Arbeiterbewegung notwendigerweise Gewerkschaften überhaupt entstanden sind.

Und dieser Geist lebte nach jahrzehntelanger Erfahrung der Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung fort, als diese, vertreten durch die DAG, mit ihrer Einrichtung in Konradshöhe die Gegentrends zum sogenannten Wirtschaftsliberalismus stärken wollte.

Einige Wegmarken möchte ich noch mal erwähnen:

1959:

Der Spaltung Deutschlands zum Trotz richtete die DAG eine Jugendbegegnungsstätte zwischen Ost und West ein. Der Bedeutung des Anliegens entsprechend hielt die Eröffnungsrede der damals Regierende Bürgermeister von Berlin, Willi Brandt,

1961:

Dem Mauerbau zum Trotz wurde das Haus nun für die Förderung der Jugend Westberlins auch weiterhin erhalten,

1972:

Im Dienst des Zitats des zwischenzeitlichen Bundeskanzlers Willi Brandt: "Mehr Demokratie wagen!" wurde das Haus mit erheblichen öffentlichen Fördermitteln zum Zentrum der außerschulischen politischen, kulturellen und sozialen Jugendbildung ausgebaut,

1993:

Nach der Wende standen die Zeichen nun bereits deutlich schlechter, aber dennoch: Erfolgreich konnte sich die Bildungsstätte mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft gegen eine erste Runde zur Kürzung der öffentlichen Förderung verteidigen,

2002:

Die Fusion der Gewerkschaft ver.di führt nicht etwa zur Bündelung der Kräfte zugunsten, sondern gefährdete plötzlich den Fortbestand des Bildungszentrums: Aber, Dank der Unterstützung derer, die die Leistungen der Bildungsstätte zu schätzen gelernt hatten, konnte das Haus gegen eine drohende Schließung verteidigt werden,

2004:

Abermals hat sich die Einrichtung erfolgreich im Zuge der Kürzung öffentlicher Fördermittel behauptet. Auch der DGB und die Partner-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin mussten Einbußen hinnehmen und zeigten sich durch einzelne entscheidende Funktionsträger solidarisch.

Über die Jahre 2003 bis 2016:

Erhebliche Drittmittel-Akquisitionen aus Bundes- und EU-Fördermitteln konnten gelingen, weil es sich mit der Bildungsstätte Konradshöhe um eine gewerkschaftlich vernetzte Einrichtungen mit guten Kontakten in die Arbeitswelt handelte. Dies hat image-fördernd für die Bildungsstätte selbst, aber auch für ver.di zu mehreren "Best-Practice-Auszeichnungen" verholfen und konnte bundesweit und international zur Profilierung der ver.di-Jugendbildungsarbeit beitragen und Antworten der pädagogischen Praxis auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen formulieren. Zeitgleich setzten sich mehr und mehr diejenigen Personen und Kräfte im Landesbezirk Berlin-Brandenburg durch, die unter gewerkschaftlich getragener Bildungs- und Jugendarbeit alles andere verstehen wollten, als die Unterstützung der ausgezeichneten Arbeit der eigenen Jugendbildungsstätte in Konradshöhe.

2016:

Der ver.di-Bundesvorstand gibt sich mit seiner Vermögens- und Immobilienverwaltung nicht mehr mit der

Rendite von 180 Tsd. EUR jährlicher Senats-Jugendbildungsförderung zufrieden und kündigt den Mietvertrag für die ver.di-eigene Immobilie. Damit entzieht die Trägerorganisation ihrer eigenen Jugendbildungsstätte die zwingend erforderliche Betriebsgrundlage. Die notwendigen Aufschreie aus dem ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und dem Bezirk Berlin wurden systematisch unterdrückt – und diejenigen, die es den für Bildung und Jugend verantwortlichen ver.di-Funktionären zum Trotz dennoch nicht unterlassen wollten, sich für den Fortbestand der Bildungsstätte einzusetzen, wurden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln blockiert und gemobbt: Es war schließlich bereits bei ver.di-Gründung zwischen einigen Funktionärinnen und Funktionären in den auf ver.di und DGB verteilten verantwortlichen Positionen abgemachte Sache, dass man die Bildungsstätte Konradshöhe und deren innergewerkschaftliche Sympathisanten so schnell wie möglich gegen die Wand laufen lassen wollte.

Die Gremien in Landesbezirk und Bezirk lassen das seit dem und bis heute sehenden Auges zu.

Und der Bundesvorstand gibt sich nun her: für die Rolle des Vollstreckers.

Heute, 2017:

Das Personal ist gekündigt. Niemand der etwa 15 lohnabhängig Beschäftigten erhält eine Anschlussbeschäftigung über Bemühungen von Seiten ihrer Gewerkschaft ver.di.

Und nun?

Ich bin überzeugt: Der Schaden für ver.di ist mit Blick auf Einfluss im Bereich der Jugendförderung mit dem Verlust des Gebäudes als Jugendbildungsstätte größer als heute von den Meisten erahnt werden dürfte: Gegenüber den neoliberalen Trends der vergangenen 25 Jahre, mit dem Verlust einer zuvor kostenfreien Gesundheitsversorgung, mit der Ökonomisierung von Verwaltung und sozialen Diensten, mit der Agendapolitik oder mit dem Erstarken der politischen Rechten werden doch gerade jetzt wieder die Gegentrends stärker. Der Unmut wächst zusehends. Sozialstaatsabbau und nationalistische Trends fordern zunehmend Gegenwehr heraus. Die bisher noch schweigende demokratische Mehrheit meldet sich zunehmend wieder zu Wort. Sogar ein SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gräbt sozialdemokratische Grundwerte wieder aus und motiviert Hunderttausende, sich auf die traditionell gewerkschaftlichen Werte von Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu besinnen und hat sogar ernsthaft Aussicht auf Erfolg. Das sind jetzt die Zeichen der Zeit, die aus gewerkschaftspolitischer Sicht zu unterstützen wären.

Als ver.di-Mitglieder, nicht nur als Freundinnen und Freunde dieser Jugendbildungsstätte, werden vermutlich



ausnahmslos alle hier im Raum von ihrer Organisation aktive Beiträge zur Stärkung solcher Trends sehen wollen. Jedenfalls nicht den mit der Schließung der ver.di-Jugendbildungsstätte Konradshöhe vorgenommenen kontraproduktiven Schritt in die entgegen gesetzte Richtung.

Sollte sich im Ergebnis durchsetzen, dass mit der notwendigen Abkehr von antidemokratischen gesellschaftlichen Tendenzen auch die Jugendförderung und deren politische Bildung künftig wieder stärker profitieren kann, dann wird ver.di in Berlin und Brandenburg wohl kaum noch was zu melden haben und allenfalls noch als Trittbrettfahrerin eine Rolle spielen können:

Sie wird dafür nämlich kein geeignetes eigenes Haus an der Havel mehr haben!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!